

Saisonarbeiter unter der bestehenden Arbeitsverfassung zu sein. Ihnen gegenüber wird in Ostelbien ein unerschämtes Trucsystem angewendet, das die Ausbeutung erhöht. Auch hier also handelt es sich nicht nur um Erhöhung höherer Lohns, sondern gleichzeitig darum, das ganze System zu ändern.

Darum hat der genannte Herr v. Knebel ganz recht, wenn er sagt: das Koalitionsrecht gewähren, „das heißt nicht reformieren, sondern revolutionieren“. — Revolutionisiert muß aber das ganze System werden im Interesse nicht nur der Landarbeiter, sondern der gesamten Arbeiterklasse, denn so lange im ganzen Osten Deutschlands dieses System besteht, bleibt das Landarbeiter zu „Knechten“ macht, so lange wird der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse erschwert, weil jene geknechteten Arbeiter, indem sie den Städten zufliehen, durch ihre Bedürfnislosigkeit das Niveau der Lebenshaltung der ganzen Arbeiterklasse herabdrücken.

Durch ihren Widerstand gegen die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter glauben die Junker diese Revolution zu verhindern. Um so dringender ist die Aufgabe für das Proletariat, diesen Widerstand zu brechen. Und das muß durchgesetzt werden. Mit parlamentarischen Reden allein ist es freilich nicht getan. In Rußland, in Galizien, in Ungarn besteht kein Koalitionsrecht der Landarbeiter, und dennoch haben wir dort gewaltige Streiks der Landarbeiter erlebt. Warum sollte es also in Deutschland nicht möglich sein, ein solidarisches Vorgehen der Landarbeiter gegen das Hofgängerwesen herbeizuführen? Es liegt an der Partei des Proletariats, diesen Schritt zu tun, und es ist wahrlich Zeit, daß es geschieht.

Reichstag.

204. Sitzung. Donnerstag, 11. Februar, 9 Uhr.

Am Bundesratsitz: Beckmann-Gollweg, Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein sechster Nachtrag zum Reichshaushaltsgesetz für 1908.

Gefordert werden 4 1/2 Millionen Mark zur Verzinsung mehr ausgegebener und neuer Schatzanweisungen und 1 718 820 M. für Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 (die dann im ganzen 5 554 918 M. kostet).

Abg. Sped. (Zentr.) macht einige Einwendungen, erklärt aber seine Zustimmung zur Vorlage.

Abg. Hertel (nat.-lib.) erklärt die Zustimmung seiner Partei und fragt, ob nicht der Kriegsschatz als Unterlage der neuen Schatzanweisungen mit herangezogen werden kann.

Reichsschatzsekretär Sydow: Lieber den Kriegsschatz darf nur im Kriegsfall verfügt werden.

Abg. Rämpf. (freis. Vp.) findet die Einwendungen des Abg. Sped. übertrieben.

Abg. v. Nischhofen (konf.): Der Vorlage stimmen wir zu. Der Kriegsschatz darf seinem Zwecke nicht entfremdet werden.

Es folgt die zweite Lesung; die einzelnen Forderungen werden angenommen.

Es folgt Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern. Zu den Forderungen zur Unterstützung des Germanischen Museums in Nürnberg, 108 700 Mark, der Herausgabe der Monumenta Germaniae Historica, 70 600 M., für das Nämisch-Germanische Museum in Mainz, 30 000 M., bemerkt:

Abg. Thaler (Zentr.): Wir unterstützen die Forderungen gern, da sie die vaterländische Gesinnung fördern. Würdige Denkmäler fallen der Dummheit, der Geschmackslosigkeit und Spekulation in bejammernswürdiger Weise zum Opfer. Ich möchte die Bundesstaaten ermahnen, auf die Erhaltung der Schätze der Vergangenheit besser zu achten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) spricht sich, angesichts der steigenden Bedeutung der Zeitungen für die Zeitgeschichte, für Errichtung eines Zeitungsmuseums aus und wünscht ferner die Errichtung eines Kolonialmuseums, aber nicht in Berlin. (Auf: In Bamberg! Große Heiterkeit. Nebener ist nämlich Stadtarchivar in Bamberg.) Warum nicht in Bamberg? (Erneute Heiterkeit. Beifall im Zentrum.)

Die Titel werden bewilligt, desgleichen verschiedene andre ohne oder nach unvesentlicher Debatte.

Zu der Forderung von 850 000 M. zur Förderung der Seefischerei bebauert

Abg. Dr. Hermes (freis. Vp.), daß nicht mehr aufgewendet wird. Andre Länder wenden mehr für die Hochseefischerei auf.

Abg. Dr. Sahn (konf.) betont, daß unsere Hochseefischerei und die Heringsfischerei durch die englische Konkurrenz stark bedroht sind. Ihre Erhaltung sei auch wichtig für unsere Kriegsmarine, die bei Vernichtung unserer Hochseefischerei nicht mehr genügend

Kindes. Unklare Schwärmereien, die nie lange Stand gehalten hatten, zuweilen einmal eine sinnliche Wallung, deren sie sich selbst schämte, und für die sie sich mit harter Buße belegte. So etwas konnte unmöglich das Glück einer Ehe verbürgen.

Ihre Schwester selbst hatte ihr Unglück dem tohen Wesen ihres Mannes zugeschrieben, darin schien eher Sinn zu liegen, es galt also vor allem genau beobachten, ob der Mann zarter Rücksichtnahme fähig sei. Unwillkürlich fing Agnes an, Rechtsanwält Geider daraufhin zu prüfen. Es war ihr verdrießlich, daß sie zu einem sehr unglücklichen Schluß kam. Der schöne Mann war verwöhnt, selbstgefällig und sicher ein unverbesserbarer Selbststüchtling. Ein leiser Seufzer entrang sich dem jungen Mädchen. Es war ein so stolzes Gefühl, am Arme dieses stotterlichen gewandten Mannes durch die bewundernd und neidisch aufschauende Menge zu gehen.

Agnes beugte sich weit vor, so konnte sie ins Nebenzimmer sehen, ihre Augen suchten den Rechtsanwält. Mit einer Wallung von Eifersucht sah sie, wie er eben in diesem Augenblick ihrer Stiefmutter mit schmachsender Gebärde die Hand küßte. Frau Ella sah spöttisch auf sein gebeugtes Haupt herab.

Sie spielt Komödie, dachte das Mädchen, sie will ihn nur stärker fesseln. Mit einem ärgerlichen Aufdrucke sie den großen Sessel so herum, daß die hohe Lehne ihr den Durchblick in die andern Räume verwehrt. Was kümmerliche sie der fade Kurmacher, es gab doch wirklich geistreichere Männer, die am Ende auch ihre Vorzüge zu schätzen wußten. Alfred Boden war doch wohl, vom Neuhern abgesehen, dem Rechtsanwält in jeder Weise überlegen. Er war zartfühlend, er war zuverlässig, nur freilich ihr zu ergeben. Das reizte nicht. Das Wohlwollen, das sie für ihn empfand, hatte fast etwas Mütterliches. Das war absurd, aber es war nun einmal Tatsache. Man wollte nicht bloß berechtigt und angelehrt, man wollte auch einmal angegriffen, einmal zu etwas gezwungen werden. Und dazu war er ein viel zu guter Junge.

(Fortsetzung folgt.)

Die Hauptergebnisse der Berufszählung von 1907 für das Reich.

Parallel mit den Ergebnissen der Berufszählung von 1907 für Preußen, von denen wir vor einigen Tagen einige Zahlen wiedergaben, gehen die Ergebnisse dieser Zählung für das Reich. Eingehende Angaben werden demnächst im Reichsanzeiger und besonderen Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes bekannt gegeben werden. Vorerst geben wir die Hauptergebnisse der Zählung nach der Berliner Korrespondenz wieder. Sie sind nur geeignet, das Bild der kapitalistischen Konzentration noch zu verstärken, das uns die Zahlen für Preußen geben.

Nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 wurde im Deutschen Reich eine Gesamtbevölkerung von 61 720 529 Personen festgestellt. Bei den beiden vorhergehenden Berufszählungen 1895 und 1882 betrug die Volkszahl 51 770 284 und 45 222 118. Danach hat die Reichsbevölkerung sich in den 12 Jahren von 1895 bis 1907 um 9 950 245 oder 19,2 vom Hundert vermehrt, während die Zunahme in dem früheren 13jährigen Zwischenraum von 1882 bis 1895 nur 6 000 548 Personen, d. h. 14,4 vom Hundert betragen hat. Die Gesamtbevölkerung gliederte sich bei den

drei Berufszählungen in folgender Weise nach Bevölkerungsgruppen:

Bevölkerungsgruppen	1907		1895		1882	
	Anzahl	Proz.	Anzahl	Proz.	Anzahl	Proz.
Erwerbstätige im Hauptber.	26 827 862	43,46	20 770 875	40,12	17 682 008	38,99
Dienende . . .	1 264 755	2,05	1 813 316	2,59	1 824 024	2,98
Angehörige . . .	30 223 429	48,97	27 517 285	45,15	24 910 895	55,08
Verstorbene	8 404 988	5,32	2 142 808	4,14	1 854 486	3,00
Zusammen	61 720 529	100,00	51 770 284	100,00	45 222 118	100,00

Nach dem Geschlecht sondern sich diese Bevölkerungsgruppen in folgender Weise:

Bevölkerungsgruppen	Männliche Bevölkerung			Weibliche Bevölkerung		
	1907	1895	1882	1907	1895	1882
Erwerbstätige im Hauptber.	18 858 864	61,01	15 506 482	61,08	13 879 905	60,88
Dienende . . .	15 872	0,05	25 859	0,10	42 510	0,19
Angehörige . . .	10 249 088	33,65	8 850 061	34,88	8 082 978	36,49
Verstorbene	1 612 776	5,29	1 027 259	4,04	652 861	2,94
Zusammen	30 461 100	100,00	26 409 181	100,00	23 150 749	100,00

Bevölkerungsgruppen	Männliche Bevölkerung			Weibliche Bevölkerung		
	1907	1895	1882	1907	1895	1882
Erwerbstätige im Hauptber.	8 245 498	26,87	5 264 898	19,97	4 259 108	18,46
Dienende . . .	1 249 888	4,00	1 813 957	4,99	1 282 414	5,56
Angehörige . . .	19 974 841	68,90	18 667 224	70,81	16 827 722	73,94
Verstorbene	1 792 207	5,78	1 115 549	4,23	702 125	3,04
Zusammen	31 250 429	100,00	28 801 128	100,00	23 071 864	100,00

Die Bevölkerung nach Berufsabteilungen im Jahre 1907:

Berufsabteilungen	Erwerbstätige	Dienende	Angehörige	Berufsunfähige	Auf die einzelnen Berufsabteilungen entfielen Prozent											
					Erwerbstätige			Dienende			Angehörige			Berufsunfähige		
	1907	1895	1882	1907	1895	1882	1907	1895	1882	1907	1895	1882	1907	1895	1882	
A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei.	9 838 257	163 829	7 684 090	17 681 176	32,69	36,19	48,88	12,95	27,98	32,07	25,26	35,74	42,41	23,65	35,74	
B. Industrie, einschließl. Bergbau u. Bauwesen.	11 256 254	881 756	14 798 527	26 886 587	37,28	36,14	38,69	26,23	23,90	22,84	48,96	42,84	37,57	42,75	39,12	
C. Handel und Verkehr einschließl. Bank- und Sparkassenwesen.	8 477 626	842 955	4 457 658	8 278 289	11,51	10,21	8,27	27,12	21,20	22,30	14,75	12,15	10,70	18,41	11,52	
D. Häusl. Dienste (einschließl. persönl. Bedienung), auch Lohnarbeit wechsell. v. v.	4 71 695	1 226	819 827	692 748	1,56	1,80	2,10	0,10	0,10	0,16	1,06	1,65	2,16	1,29	1,71	
E. Militär, Post-, bürgerlicher u. kirchlicher Dienst, auch logenfreie Berufsarten.	1 738 580	228 888	1 445 208	3 407 196	5,75	6,32	5,48	17,86	14,27	12,42	4,78	4,48	4,19	5,52	5,48	
F. Ohne Beruf und Berufszählung.	8 404 988	201 601	1 568 119	5 174 708	11,26	9,85	7,18	15,94	12,55	10,21	5,19	8,69	8,04	8,88	6,43	
Zusammen	30 223 429	1 264 755	80 223 429	61 720 529	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	

den Ertrag finden würde. Erhöhte Zölle würden dieser Gefahr vorbeugen. Auch müßten die Reaktionen der Hochseefischerei Subventionen erhalten. (Lachen und Widerspruch bei den Soz.) Die Mittel können durch eine Dividendensteuer aufgebracht werden. (Wahl bei den Soz.) Dividendensteuer ist besser als eine Vermögenssteuer. (Lachen und Widerspruch bei den Soz.) Wir müssen eine nationale Politik auf dem Wasser treiben und die Hochseefischerei unterstützen. (Bravol rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres versichert, daß die Regierung für die Hochseefischerei ein ebenso warmes Herz besitze, wie der Abg. Sahn. Wegen die ausländische Konkurrenz wäre allerdings ein Schutzoll das beste Mittel. (Sehr richtig rechts.) Die bestehenden Handelsverträge machen aber einen allgemeinen Fischzoll unmöglich. (Rufe rechts: Reibel!) Nur an eine Erhöhung des Heringszolls könne man denken. Aber da sei zu erwägen, daß gerade der Hering die Nahrung des kleinen Mannes ist. Eine Subvention ohne jede Gegenleistung wäre ein sehr bedenkliches Prinzip. (Sehr richtig links.) Im übrigen meinen wir, die Hochseefischereigesellschaften werden sich schon aus eigener Kraft über Wasser halten. (Bravol bei den Soz.)

Abg. Gothein (freis. Vp.) bebauert, daß aus dem geforderten Fonds nur die Hochseefischerei, nicht auch die Ostseefischerei unterstützt wird. Herr Sahn hat sehr patriotische Worte auf die Kriegsmarine gesprochen. Er hat also seine Anschauungen über die „gräßliche Flotte“ gründlich geändert. Ich bin selbst Aktionär einiger Hochseefischereien. (Hört, hört rechts.) Zunächst, ich denke, man unterstützt die Hochseefischerei am allerbesten durch Zuwendung von Kapital. (Sehr richtig bei den Soz.) Dr. Sahn hat sich wahrhaft ungeheuerliche Behauptungen geleistet. (Sehr richtig links.) Er scheint zu verlangen, daß eines der wichtigsten Volksernährungsmittel von der Einfuhr ausgeschlossen wird. Denn Fischverzollung heißt nichts anderes. (Sehr wahr! links.) Herr Dr. Sahn scheint jetzt auch noch Fischagrarier geworden zu sein. (Große Heiterkeit.) Er scheint außerdem sehr für die Dividendensteuer zu schwärmen. Besser aber als die Herausgreifung einer einzelnen Einkommensart ist es, eine Reichsvermögenssteuer einzuführen, welche alle Einkommen trifft. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Sahn (konf.) fordert den Abg. Gothein auf, mit ihm im Lande herumzureisen und seine Rede überall zu wiederholen. Dann brauche er den Freisinn nicht mehr zu fürchten. Im Verlauf der biographischen Notizen, die Nebener alsdann über seine parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit gibt, kommt er auch auf das Wort von der „gräßlichen Flotte“ zu sprechen, das nur ganz harmlos im Privatgespräch gefallen sein könnte. (Lautes Lachen links.)

Abg. Gothein (freis. Vp.) lehnt die guten Ratschläge und Lehren des Abg. Sahn ab. Er brauche von ihm nichts zu lernen. Er gehe auch nicht ins Ministerium, um billige Pacht für einen Domänenpächter zu erhalten, sondern wenn er einmal hingeht, geschieht es, um eine Sache von allgemeinem Interesse zu vertreten. (Zustimmung bei den Soz.) Er sei selbst auch Grundbesitzer, aber mit seiner Grundrente zufrieden. Er habe eben nicht das Talent zur Unglückseligkeit und Begehrlichkeit, wie die Herren auf der Rechten. (Beifall bei den Soz.) Die Dividendensteuer würde vor allem die kleinen Aktionäre, nicht die Millionäre treffen. Was schließlich die Eintragung des Herrn Sahn betrifft, mit ihm herumzureisen, ich kann viel versagen, aber so genugsam. Herr Sahn, bin ich nicht. (Schallende Heiterkeit und Sehr: gut! links.)

Abg. Stabshagen (Soz.): Herr Sahn beklagt die Not der Großaktionäre, aber die wirklichen Notleidenden sind die kleinen Schiffer. Und dieses infolge der von den Freunden des Herrn Sahn durchgesetzten Zollpolitik, die ihnen die Rede und ihr gesamtes Material verteuert hat. Herr Sahn muß das Niveau dieser Schiffer sehr tief einschätzen, wenn er glaubt, ihnen Klar machen zu können, daß er durch Verteuerung ihrer Bedarfsartikel ihnen zu Hilfe kommen will. Es ist bedauerlich, daß auch der Vertreter der verbündeten Regierungen so tief in der Erkenntnis der Wirklichkeit zurückgeblieben ist.

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen von einem Mitgliede der Regierung nicht sagen, daß es auf einer tiefen Höhe der Erkenntnis steht. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Stabshagen (fortsetzend): Ich bebauere, daß die Regierung sich dazu drängen läßt, die kapitalträchtigen Gesellschaften noch mehr zu unterstützen, welche ein Unglück für die in der Fischerei wirklich Arbeitenden sind. Ich bebauere, daß gerade für die kleinen Gesellschaften so wenig abfällt. Weit besser als eine Dividendensteuer würde eine Vermögenssteuer wirken. Warum sollen denn nicht alle Vermögen, auch die auf dem Lande, versteuert werden? Das Vermögen der großen Besitzler auf dem Lande betrug vor sechs Jahren 19 000 Millionen. Heute ist es schon auf 23 749 Millionen angewachsen. Die sogenannte arme Landwirtschaft würde eine Vermögenssteuer kaum empfinden. Möge die Regierung etwas mehr für die Kleinen tun, die wirklich in Not sind. (Beif. Bravol bei den Soz.)

Abg. Sahn (konf.): Die Rede, die wir eben gehört haben, zeigt, daß die Sozialdemokratie jede Situation gleich für sich ausnützt. Die Fischer sollen Herrn Stabshagen nur einmal sehen und hören. Sie würden keine Sympathie für ihn empfinden. (Bravol rechts.) Ich bin hier der Arbeiterfreund. (Lachen bei den Soz.) Denn ich will den Hochseefischern die Arbeitsgelegenheit erhalten. Herr Stabshagen und seine Freunde aber würden der Theorie zuliebe alle Arbeiter zugrunde gehen lassen. (Bravol rechts. Lachen bei den Soz.) Wenn ich mich für einen Domänenpächter verwenden habe, dann nur, weil die Erhaltung dieses Standes im allgemeinen Interesse geboten ist.

Abg. Dr. Stengel (freis. Vp.): Die Tätigkeit des Bundes der Landwirte auf dem Gebiete der Domänenwirtschaft hat mich geführt, daß im Interesse einer einzelnen Familie überall Hunderte von Familien ohne Land und ohne Arbeit bleiben. Diese Tätigkeit hat mich in den Reichstag gebracht. (Sehr gut links.)

Nach weiteren polemischen Bemerkungen der Abg. Sahn, Stengel, Gothein wird der Titel bewilligt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Aus den Reichstagskommissionen.

In der Finanzkommission des Reichstages wurde am Donnerstag das Erbschaftsteuergesetz weiter beraten. Zum § 10 lagen die sozialdemokratischen Anträge aus dem Jahre 1896 vor, die eine Besteuerung der Ehegatten und Wesenbenten wolle. Der Genosse Gmel begründete die Anträge; sie bedeuten eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes. Der Antrag werde erhöht, ohne wesentliche Belastung des Volkes. Müller v. Meinungen begründete die freisinnigen Anträge, die ähnlich gehalten sind. Weber (nat.-lib.) behauptete, der sozialdemokratische Antrag liefe geradezu auf eine Konfiskation des Vermögens hinaus, während der konservativ Dietrich erklärte, der freisinnige Antrag konfiskatorisch noch mehr als der sozialdemokratische. Schatzsekretär Sydow erklärte sich gegen die Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Genosse Weyer erwiderte, vor drei Jahren hätte man dieselben Einwände gegen diese Anträge gemacht. Das französische und englische Gesetz gehe viel weiter. Von einer Konfiskation rede man dort nicht, das seien Uebertreibungen. Wenn die finanzielle Not im Reich steige, werde man später darauf zurückgreifen müssen. Aber das werde man erst in der größten Not tun; erst werde man versuchen, nochmals Umsummen aus indirekten Steuern zu ziehen.

Nach langer Diskussion wurde der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Freisinnigen zogen den größten Teil ihres Antrages zurück; aber auch die Biffer I wurde abgelehnt. Daraufhin wurde der § 10 der Regierungsvorlage angenommen. Zu § 11 beantragten die Sozialdemokraten, im Einklange zu § 11: „von der Erbschaftsteuer bleibt ein Erwerb von nicht mehr als 2000 M. befreit“. In der Regierungsvorlage soll nur ein Erwerb von 500 M. befreit bleiben. Nach kurzer Debatte wurde der sozialdemokratische An-